

SPD-Fraktion

im Rat der Stadt Übach-Palenberg

Alf-Ingo Pickartz

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch,

Bei ihrem Amtsantritt 2009 hielten Sie an dieser Stelle Ihre erste Rede, welche noch heute in Teilen auf der „homepage“ unserer Stadt zu lesen ist.

Ich darf sie zitieren:

„Mein Ziel ist allererst, Klarheit, Verlässlichkeit, Transparenz und den unerschütterlichen Willen zu integrieren. Meiner Auffassung nach kann jedermann an seinem Platz mithelfen, die Zukunft der Stadt positiv mitzugestalten. Keiner soll ausgegrenzt werden, der einen sinnvollen Beitrag leisten möchte!

Das in Zeiten leerer Kassen die Handlungsspielräume eingeschränkt sind, muss letztlich jeder begreifen. Statt Verteilungskämpfe zuzulassen, setze ich auf Verständigung und Verantwortungsbewusstsein.“

Drei Dinge stellten also Sie in den Vordergrund.

1. Die Konsolidierung des städtischen Haushalts
2. Einen Blick in die Zukunft, ohne Schuldzuweisungen aus der Vergangenheit.
3. Ein vertrauensvolles Miteinander und Transparenz des Handelns

Mir haben diese Worte sehr gut gefallen, ich habe Sie sogar mehrfach gelesen und dachte mir schließlich:

Das möchten wir doch auch.

8 Jahr später muss ich leider feststellen, dass Sie Ihrem politischen Leitmotiv nicht gerecht worden sind.

Sie haben zwei Ihrer Ziele leider verfehlt
eines aber zumindest immer im Blick gehalten.

Wie vertrauenswürdig ist die Zusammenarbeit?

Wie transparent ist Ihr politisches Handeln?

Im persönlichem Gespräch habe ich Sie aufgeschlossen, verbindlich und hilfsbereit schätzen gelernt.

In der Arbeit der Ausschüsse und des Rates sind Sie allerdings Lichtjahre von transparentem Handeln entfernt.

Dort **vermissen** wir Klarheit und Transparenz.

Dies stellt leider die Verlässlichkeit unserer Entscheidungsgrundlagen oft in Frage.

Sie verfassen Sitzungsvorlagen, deren Anlagen eine fachkundige Vorbereitung der Themen oftmals nicht möglich machen.

Es kommt vor, dass Anlagen komplett fehlen.

Wenn dies dann in der Sitzung nachgeholt wird, dann erwarten sie oftmals tatsächlich eine schnelle Entscheidung.

Vieles muss unter Zeitdruck entschieden werden,

einiges wird dann gar nicht umgesetzt oder erst viel später angepackt.

Sie werfen der Opposition vor die Verwaltung mit Anfragen und Anträgen zu übersäen und die Verwaltung von wichtiger Arbeit abzuhalten.

Was war das denn für eine Aussage? Legen Sie denn gar keinen Wert auf unsere Anregungen?

Ich möchte Ihnen zu Gute halten, dass sie diese Aussage mittlerweile vielleicht bereuen. Eine Entschuldigung oder Klarstellung haben wir allerdings bislang noch nicht vernommen.

Ihre Haushaltsrede wäre eine gute Gelegenheit gewesen, dort haben Sie aber leider diesen Vorwurf wiederholt.

Unterstellt, dass die Kollegen der CDU ihre Informationen weder ausführlicher, noch frühzeitiger erhalten, bleibt festzustellen.

Auch eine Stärkungspaktkommune darf sich der Mitwirkung und Beteiligung ihrer Ratsvertreter **nicht** entziehen.

Auch unsere Stadt muss sich einen demokratischen Wettbewerb leisten können und auch leisten wollen. Dies können Sie in der Zuständigkeits- und Geschäftsordnung des Rates und in der Gemeindeordnung § 55 und 62 Abs. 4 gerne nachlesen.

Sitzungsvorlagen- und Protokolle dürfen keine Konsolidierungsmaßnahme des Stärkungspaktes sein.

Kommen wir nun zum städtischen Haushalt,

hier möchte ich ihnen ehrliche Absichten, eisernen Willen und eine linientreue Arbeit zu Gute halten.

Vergleicht man allerdings den Schuldenstand 2009 von 44.5 Mio.

mit dem von heute i.H.v. 59.5 Mio.,

so sind Sie Kreditverpflichtungen in Höhe von 15 Mio. eingegangen und die Verschuldung ist um 15 Mio. gestiegen.

Das ist erst sehr erschreckend und passt so gar nicht zum Geist des Stärkungspaktes und Ihren Konsolidierungsbemühungen.

Allerdings hat der Kassenbestand im gleichen Zeitraum um 11 Millionen zugenommen und die 5,9 % Beteiligung an der Enwor in Höhe von 7 Millionen wurde auch durch Kredite finanziert.

Diese Entscheidung haben wir gerne mitgetragen, da sie klug war und unseren Vorstellungen entsprach.

Die Beteiligung hat der Stadt nachhaltige Erträge in Höhe von 330.000 Euro pro Jahr und neue Gestaltungsperspektiven eröffnet.

Blicken wir kurz auf den aktuellen Stand der WÜP, der Übach- Palenberger Wassergesellschaft.

Wir können alle nur die Daumen drücken und hoffen, dass das Düsseldorf Oberlandesgericht in der nächsten Zeit das Urteil des Kölner Landgerichtes zurück nimmt so im Haushalt 2019 auch Erträge der Wasser Ü.P. stehen.

Wir hätten diese Erträge schon in diesem Jahr sehr gut gebrauchen können um die ein oder andere Investition vorzunehmen.

Irgendwie treten sie auf der Stelle.

Sie haben in der Summe nur drei Millionen Kreditverpflichtungen in 8 Jahren intensiver Sporbemühungen abgebaut.

Gut, dass die Derivate mittlerweile aufgelöst und in einen neuen Kredit überführt wurden.

Dass möchte ich an dieser Stelle natürlich nicht unter den Tisch kehren, wir haben dies ja auch mitgetragen.

Im Nachhinein wäre es vermutlich klüger gewesen,

genau wie bei der Wasserkonzession den Klageweg weiter zu bestreiten um ein noch besseres Ergebnis für unsere Stadt zu erreichen.

Nachkarten wollen wir nicht, wir haben dem Vergleich ebenfalls zugestimmt.

Deshalb erwarten wir auch von Ihnen, dass all die Entscheidungen der Vergangenheit, welche die CDU mitgetragen hat im Nachhinein nicht angezweifelt werden.

Erfreulicherweise konnte durch die Auflösung der Rückstellungen im Abschluss 2016 erstmals ein außerordentlicher Gewinn erzielt werden.

Das Eigenkapital auf ist auf gut 13 Mio. Euro angestiegen.

Ein positives Eigenkapital ist ein wichtiger Gradmesser,
denn es zeigt,

dass den Verbindlichkeiten auch ein Vermögen gegenübersteht.

Sie sollten mit diesem Vermögen allerdings Verantwortungsbewusst umgehen,

das heißt, der Verkaufspreis einer Liegenschaft, eines Gebäudes oder Grundstücks ist **nicht** der Buchwert,

sondern der Marktwert.

Ich möchte **diese** Aussage so gerne stehen lassen.

Wir möchten an dieser Stelle unserem Kämmerer Herrn Björn Beeck für seine gute Arbeit danken.

Er hat das kommunale Rechnungswesen von der Kameralistik in die Doppik überführt und hat zielstrebig die Auflagen des Stärkungspaktes umgesetzt.

Unser, und mein persönlicher Dank gilt auch der Zeit, die Sie aufgebracht haben uns fach- und sachkundig zur Seite zu stehen.

Eigentlich stärkt der Stärkungspakt auch dem Kämmerer den Rücken,

er hat immer ein gutes Argument Ansprüche einzelner Fachabteilungen und vor allem die Wünsche der Politik abzulehnen.

Gerne zitiere ich Björn Beeck, unseren Kämmerer.

„Ein Haushalt ohne neue Schulden und auch noch mit einem positiven Ergebnis, dessen geringe Überschuss bei einem Haushaltsvolumen von 68 Mio. keine Spielräume aufweist.“

Dies ist aus seiner fachkundigen Sicht vollkommen richtig.

In seiner Verantwortung liegt allerdings einzig und allein der Haushalt und die Konsolidierung der Finanzen im Spiegel des Stärkungspaktes.

Diese Möglichkeiten sind aber durchaus gestiegen,

wie das durchaus stetig steigen Haushaltsvolumen eindrucksvoll belegt.

Aus welcher Quelle speisen sich die deutlich gestiegenen Möglichkeiten?

Wir haben alleine von 2011 bis 2017 rund 12,42 Millionen € aus dem Stärkungspakt erhalten.

Dies entspricht der Summe unseres gesamten Eigenkapitals.

Dies ist umso bemerkenswerter, als das Sie auch in diesem Jahr nur eine Neuaufnahme an Investitions- Krediten in Höhe von 250.000 festsetzen.

Diese Kreditaufnahme, welche sich im Haushalt 2019 wiederholen wird,

ist allerdings ein von der Landesregierung in Zins und Tilgung gesicherter Kredit aus dem Programm „gute Schule“ der unserer Stadt **keinen** Euro kosten wird.

Ich erwähne dies aber ganz bewusst, weil er vieles über den politischen Ansatz der CDU und des Bürgermeisters verrät.

Doch dazu später.

Wir werden heute ein Votum ablegen in wieweit wir Ihren Haushalt folgen können.

Uns liegt ein Planentwurf vor, der ein positives Jahresergebnis von rund 200.000 € verzeichnet.

Dies ist für Herrn Gudduschat schon ein Grund zur Zufriedenheit.

Zu der Million aus dem Stärkungspakt, kommen 15.5 Mio. Gewerbesteuer und 5.5 Mio. aus der Grundsteuer B.

Die Grundsteuer B ist von 2009 bis heute um über 2,7 Millionen € gestiegen und hat sich damit mehr als verdoppelt.

Allein durch Mehr- Einnahmen bei der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer wurden auf die Jahre gerechnet, Mehreinnahmen in von rd. 17,6 Mio. generiert.

In der Addition mit den 12.42 Millionen aus dem Stärkungspakt sind das dann 30 Millionen Euro Mehreinnahmen.

Ich wiederhole dies gerne: 30 Mio. Mehreinnahmen innerhalb Ihrer Amtszeit.

Der Hebesatz der Grundsteuer B betrug im Jahre 2009 379%

und liegt heute wie im vergangenen Jahr bei 695 Punkten.

Jetzt versuchen sie, Herr Gudduschat uns dies als Erfolg zu verkaufen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Herren der Mehrheitskoalition jegliches Maß und jedwede Orientierung verloren haben.

Ein erwähnenswerter Erfolg wäre wohl dann gegeben, wenn Sie die Steuern wieder reduziert hätten.

Sie und ihre Partei, die CDU und auch Sie von der USPD/FDP sind Steuererhöhungsparteien.

Auch wenn dies nicht angenehm ist, Sie sollten dazu stehen.

Auf ein durchschnittliches Einfamilienhaus gerechnet bedeutet dies eine Erhöhung für jeden Privathaushalt von rund 150 Euro pro Jahr. Diese Mehrbelastungen werden sich in den nächsten Jahren fortschreiben.

In den letzten vier Jahren haben Sie auch im Durchschnitt pro Wohneinheit ungefähr zwischen 400 und 500 € zusätzlich abkassiert.

Das belastet auch die Bürger, welche sich kein Eigentum leisten können.

Nämlich die vielen Mieter unserer Stadt über ihre Nebenkostenabrechnung.

Ich möchte sie also dringend bitten, unsere Familien, unseren Rentnerinnen und Rentner und alle die hier leben

auch etwas von ihrem Geld zurückzugeben.

Investieren Sie bitte heute schon heute in die Zukunft, mit Verstand und Augenmaß und vor allem sozial gerecht.

Warum können Sie nicht mehr investieren?

Die Kreisumlage ist in diesem Jahr, im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben, allerdings auf Grund von Rückzahlungen des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) an den Kreis Heinsberg.

Wenn die in der Vergangenheit zu viel geleistete Zahlungen zurückerstattet werden, dann sollten sie,

Herr Bürgermeister sich auf der Bürgermeister-Konferenz dafür einsetzen,

dass diese Gelder auch unverzüglich wieder in unsere Stadt zurückfließen,

denn dort werden sie dringend gebraucht und zwar jetzt, da der Stärkungspakt die finanziellen Möglichkeiten der Stadt begrenzt.

Sie haben aber Ihr Benehmen zur alternativen Verwendung erteilt.

Auch wenn wir in einer wechselwirksamen Beziehung zu Kreis stehen und Sie beim Landrat Stefan Pusch noch etwas gut zu machen haben,

so gilt auch hier der kaufmännische Grundsatz:

Was man hat, das hat man.

Manche Investition hätte hier angestoßen werden können.

Hätte die Stadt in Palenberg auf einem städtischen Grundstück in Bahnhofsnähen selbst ein großes hochwertiges Mehrfamilienhaus errichtet,

so hätten sie einen Impuls für den darbenden Stadtteil Palenberg gesetzt und zudem Wohnraum geschaffen für die vielen neuen Arbeitnehmer der Lidl- Gruppe.

So hätten Sie auch privaten Investoren eine Orientierung gegeben wie das zukünftige Gesicht Palenbergs aussehen wird.

Wir sollten dankbar sein für die Innovationskraft des Lidl Konzerns.

Diesen Dank möchte ich im Namen meiner Partei nochmals aussprechen.

Sie Herr Bürgermeister haben aber leider vergessen Mietwohnungen für die vielen neuen Arbeitnehmer zu schaffen,

stattdessen suchen Sie immerfort Bauland für Eigenheime.

Nutzen Sie endlich die Chancen die Lidl uns eröffnet.

Aus den Miet- und Pächterträgen aus dem städtischen Vorzeigeobjekt in Palenberg hätte man die dann die mögliche Erhöhung der Kreisumlage zukünftig finanzieren können.

Gerne zitiere ich an dieser Stelle Herrn Walther Pötter, der bei einer öffentlichen Veranstaltung in Marienberg sagte:

„Mir ist keine Stadt bekannt, in der das Bahnhofsumfeld so vernachlässigt wird.“

Ich finde, dem ist nichts hinzuzufügen.

Kommen wir nun zur Jugendamtsumlage.

Es mag richtig sein,

dass wir uns in Übach-Palenberg kein eigenes Jugendamt leisten wollen,

die Lenkung sollte aber dennoch fest in **unseren** Händen bleiben. Dass wir in diesem Jahr, wie in den Vorjahren eine weitere Steigerung von über 1 Million aufbringen ist erst einmal das gute Zeichen,

dass unsere Kinder und Jugendlichen uns etwas wert sind.

Gerade deshalb müssen wir die Zusammenarbeit mit dem Kreis aktiver gestalten und kritisch begleiten.

Gerade dem Fachausschuss Kultur, Bildung und Soziales kommt eine Kontrollfunktion zu.

In ihm sollte der Kreis und unsere Verwaltung genau erklären, wie sich diese Mittel zusammensetzen und wofür sie verwendet werden.

Ferner sollten Vertreter des Kreisjugendamtes Anregungen für ihre Arbeit mitnehmen. Die Höhe der Jugendamtsumlage zeigt deutlich, dass es in unserer Stadt eine soziale Schieflage gibt.

Wir Sozialdemokraten werden weiterhin für einen sozialen Ausgleich, gerade für unsere benachteiligten Kinder und Jugendlichen eintreten,

die Jugendlichen **haben** in unserer Partei eine Lobby,

wir Sozialdemokraten waren es, die eine Außenstelle des Jugendamtes erst in unsere Stadt geholt hat.

Sehr geehrter Herr Mainz,

wir möchten allerdings lieber Gelder für die Jugendarbeit und Jugendhilfe bereitstellen als in Büromöbel zu investieren.

Die Wertschätzung gegenüber Menschen und Familien in Not drückt sich in Empathie und Kompetenz aus,

nicht in einer repräsentativen Büroausstattung in den neuen Räumen der Sparkasse.

Vergessen wir nicht die vielen Institutionen und Vereine, teilweise vom Ehrenamt getragen, die sich um unsere Kinder sorgen und ihnen helfen.

Weitere Schulsozialarbeiter und eine engere Abstimmung der Arbeit des Streetworkers sind dringend von Nöten.

Wir erinnern an dieser Stelle gerne, dass es auf Grund unseres Antrages aus dem Vorjahr wenigstens gelungen ist wieder **eine** Schulsozialarbeiterstelle in unserer Stadt zu bekommen.

Dies ist eindeutig zu wenig, deshalb ist es dringend geboten zukünftig Fördermaßnahmen sofort anzunehmen.

Grundsätzlich gilt aber auch hier,
dass Qualität nicht nur eine Sache von Geldleistungen,
sondern mehr noch eine Frage von Haltung und Wert ist.

Kommen wir zu den Instandhaltungen!

In ihrer Einbringungsrede, Herr Bürgermeister, haben Sie von den Instandhaltungskosten gesprochen und davon, dass dieser Ansatz sich auf 4.985 Millionen € erhöhen wird,
gleichwohl sprechen sie weiterhin noch von einem Renovierungsstau.

An dieser Stelle wiederhole ich einen von unserer Fraktion fortlaufend vorgetragener Vorwurf.

Schaffen sie in zumindest in diesem Punkt einmal Transparenz.

Wie können wir diese Zahlen bewerten,
wenn sie uns einen Zustandsbericht über die städtischen Immobilien immerfort verweigern.

Der Bürger und seine Ratsvertreter haben ein Anrecht darauf.

Wir wollen wissen, welches Dach einzustürzen droht, wenn wir es nicht reparieren und welche Heizung im Winter nicht mehr anspringt.

Abgesperrte Brücken, geschlossene Sporthallen legen Zeugnis ab an welcher Stelle sie fortlaufen sparen.

Manchmal erwecken sie den Eindruck die Bürger nicht beunruhigen zu wollen.

Oftmals erwacht der Verdacht sie wissen es gar nicht.

Der Bund wie das Land haben diese Missstände allerdings erkannt und bieten immer mehr Gelder an.

Man hat förmlich den Eindruck Sie haben Angst vor öffentlichen Geldern,

leider ist eine kommunale Entwicklung ohne sie undenkbar.

Dies ist an sich sehr traurig, es zu ignorieren aber grob fahrlässig.

So haben Sie die glücklicherweise den Hinweis der „Grünen“ und der Vertreterin des NABU, Carla Glashagen aufgegriffen

und Herr Vogelheim hat Gelder aus dem Programm rheinischer Radwanderweg beantragt, um die Brücke über die Bahngleise an der Aachener Straße zu erneuern.

Wir selbst haben Monate für die Erneuerung der Brücke gekämpft,

der Hinweis aus dem Fachausschuss bringt der Stadt 762.000 Euro ein, dies zum Wert der Arbeit der Ausschüsse.

Sie mieten andererseits aber lieber teure Container um den zusätzlichen Raumbedarf für Flüchtlingskinder und die Schüler der Hauptschule zu decken,

als einen Landeszuschuss für den Neubau eines Kultur- und Bildungszentrums zu beantragen.

Die Eigenbeteiligung wäre geringer als die bislang schon gezahlten Mieten.

Bei dem zusätzlichen Raumbedarf für die Ganztagsbetreuung werden wir zukünftig genau diese Räume brauchen.

Sogar geschenktes Geld, z.B. aus dem Programm „gute Schule“ wird nicht sofort investiert.

Dies hätte dann auch einigen Streit mit den Schulleitern verhindern können.

Es ist laut Herrn Mainz zwar kein Geld verloren gegangen, da man die Mittel auch noch zukünftig verausgaben können.

Gäbe es eine Prioritätenliste, so hätte man die Gelder zügig abrufen können um das schöne Wort „gute Schule“ lebendig werden zu lassen.

Jeder Schüler wäre ein Jahr früher und somit ein Jahr länger in den Genuss eines besseren Schulumfeldes gekommen.

Würde man ihnen Herr Bürgermeister ein Zeugnis ausstellen,

dann stünde dort:

Nicht versetzt ein Jahr länger in der gleichen alten unrenovierten Klasse bleiben.

Sie, Herr Bürgermeister hatten 2 Mio. zu verschenken, es ist Ihnen gelungen statt Dankbarkeit Kritik und Misstrauen zu ernten.

Da half auch nicht mehr der Versuch 15 Mio. Abschreibung als Investitionen zu verkaufen.

Dieser Versuch ist nicht ohne Tragik, sind die Abschreibungen allerdings auch ein Gradmesser für nötige Instandsetzungen.

Dies zeigt, dass sie deutlich unterhalb des nötigen Planungssolls liegen.

Und dass, wo einige städtische Gebäude bereits verkauft wurden.

Die erste Tranche aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz in Höhe von 1,38 Mio., sind ebenfalls noch nicht ausgeben.

Es war richtig sie teilweise in die energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung zu investieren,

Spätestens als offensichtlich wurde das der Ansatz von 674.000 Euro für den Rathausplatz nicht abgerufen wird, hätte Sie den Schulen diese Gelder nicht vorzuenthalten dürfen. Es

spricht jedenfalls alles dafür, dass diese Mittel auch für Instandhaltung verwendet werden dürfen.

Zweifelsfrei waren es investive Mittel, aber auch die hätten unsere Schulen schon in diesem Jahr dringend gebraucht.

Die CDU hat nun vorgeschlagen den Schulen in diesem Jahr 500.000 Euro mehr zur Verfügung zu stellen.

Dieser Vorschlag geht uns nicht weit genug.

Letztendlich sind nur die 200.000 Euro durch den Wegfall des Umbaus der Sparkasse zusätzliche Mittel.

Die übrigen 300.000 resultieren aus einer Umschichtung der verbliebenen 1.7 Mio. aus der Position allgemeine Instandhaltung.

1.5 Mio. waren den Schulen aus dieser Position für die Objektverwaltung (1.2Mio.) und für Pauschalmaßnahmen (300.000 Euro) schon versprochen.

So haben wir uns um eine eindeutigere Gegenfinanzierung bemüht.

Wir möchten wir den Ansatz für den Rathausplatz um 162.000 Euro halbieren. Da schon im vergangenen Jahr 674.000 Euro nicht verausgabt wurden, erscheint uns dieser Betrag für reine Planungskosten als vollkommen ausreichend.

Die Erweiterung der Arbeitsplätze haben wir moderat um 15.000 Euro korrigiert und auf die Größe der Vorjahre reduziert. Wir erwarten ein Nutzungskonzept, einschließlich der Begründung der uns vorgetragenen Erweiterungswünsche.

Neben den hohen Aufwendungen des Umbaus eines zu nutzenden Teils der Sparkasse möchte wir ebenfalls die Klimatisierung des kleinen Sitzungssaals vertagen.

Dies hat angesichts des Zustandes unserer Schulen auch symbolischen Charakter, andererseits erscheinen uns auch 40.000 Euro als sehr luxuriös.

Die Parkplätze an der Lessingstraße lehnen wir komplett ab.

Erstens macht es keinen Sinn ein Gesamtkonzept in Aussicht zu stellen, aber schon eine Einzelmaßnahme durchzuführen,

zweitens besteht in diesem Bereich ein erheblicher Bedarf an Anwohnerparkplätzen und Garagen.

Dies schafft ebenfalls mehr freien Parkraum, zudem führt der Verkauf des Grundstückes zu einer zusätzlichen Einnahme. 33.000 Euro für 8 Parkplätze, das heißt 4.200 Euro pro Parkplatz.

Wir möchten im kommenden Jahr viel stärker in unsere Schulen und ihre Sporthallen investieren.

Wir sind eine Schulstadt und eine Stadt der Vereine und wollen dies auch in Zukunft bleiben.

Unsere Änderungsvorschläge zielen darauf ab diesen Standortvorteil zu verteidigen.

So möchten wir für sofortige Maßnahmen an der Turnhalle Barbarastrasse in Palenberg 220.000 Euro bereitstellen.

Die Sanitäranlagen und Umkleidekabinen sind seit Jahren feucht und schimmelbefallen, das Dach ist undicht und sanierungsbedürftig.

Für die die Instandsetzung des Turnhallenbodens der Realschule 168.000 Euro,

für die Instandsetzung des Turnhallenbodens der Gesamtschule

252.000 Euro.

Die Sporthallen werden von weit über tausend Schülern genutzt und bieten den Übach-Palenberger Sportvereinen Möglichkeiten des Wettkampfes und des Trainings.

Auch dies Herr Mainz ist Jugendarbeit.

Auch die Grundschulen liegen uns am Herzen. So wollen wir ein nach außen sichtbares leuchtendes Zeichen setzen und der Grundschule Frelenberg einen neuen Fassadenanstrich geben und dafür 63.000 Euro einsetzen.

Wir möchten, dass diese konkrete Maßnahmen schnellstens umgesetzt werden um weiteren Sanierungsstau entgegen zu wirken.

Deshalb wollen wir den Schulen keinen Pauschalbetrag zur Verfügung stellen, **sondern haben konkrete Maßnahmen benannt.**

Die Erfahrung zeigt das der Entscheidungsprozess in der Vergangenheit unnötig lang war.

Wir möchten im nächsten Jahr für **703.000** Euro zusätzliche konkrete Maßnahmen durchführen.

Bei der vorhandenen Deckungslücke in folgen wir der CDU, die ihren etwas geringeren Ansatz für die Schulen aus dem konsumtiven Ansatz für allgemeine Unterhaltung und Instandhaltung entnehmen möchte.

Neben dem Schuldenabbau reden sie auch immer davon, dass sie beim Personal gespart haben.

Es ist richtig, dass seit 2009 Stellen eingespart wurden. Dennoch steigen die Personalkosten im Jahr 2018 auf vermutlich fast 10 Mio. an. Daraus einen Vorwurf zu machen wäre sicherlich nicht gerecht, da die Steigerung größtenteils auf Pensionsrückstellungen für Beamte der Verwaltung zurückzuführen ist.

Fremdausgaben für Fachleistungen, im Besonderen für Rechtsberatungs- und Ingenieurleistungen sind aber derart hoch, dass dies berechtigten Anlass zur Kritik gibt.

Zu erwähnen wären auch die Fremdkosten für Handwerksleistungen, gerade im Unterhalt und der Instandsetzung städtischer Immobilien und technischen Anlagen.

Aus unserer Sicht sind die Kosten und Aufwendungen für Fremdvergaben deutlich höher,

als wenn wir entsprechendes Personal beschäftigen würden.

Dieses Argument entspringt der Logik, dass Unternehmen:

erstens Gewinne machen und

zweitens Umsatzsteuer aufschlagen müssen.

Ein Argument, welches immer an dieser Stelle angebracht wird, ist das externe Firmen mit mehr fachgebundener Erfahrung professioneller arbeiten und wirtschaften.

Dem halte ich entgegen, dass sie wiederum die Situation vor Ort nicht so gut kennen und sich auch erst in die Besonderheiten unserer Stadt einarbeiten müssen.

Von Ihrem bislang gebetsmühlenartig vorgetragenen Argument:

Wir dürfen kein weiteres Personal beschäftigen, das verbietet der Sanierungsplan als „Stärkungspaktkommune“ sind sie mittlerweile abgerückt und haben den Grünen, der UWG und unserer Fraktion eine Prüfung versprochen um die Wirtschaftlichkeit einer Maßnahme darzustellen.

Es liegt weiterhin an Ihnen unser Argument zu widerlegen.

Wenn wir unter dem Strich bei Beschäftigung von eigenem Personal Geld sparen, wird keine Bezirksregierung der Welt dem widersprechen wollen, ganz im Gegenteil.

Wir wollten im Haupt und Finanzausschuss den Beamten für ihre Arbeit auch unser Vertrauen aussprechen.

Wir haben den Stellenplan deshalb nicht abgelehnt, gleichwohl fordern wir weitere Einstellungen.

Wir würden uns auch aus der einseitigen Abhängigkeit zu Ingenieurbüros befreien, eigene Kenntnisse fördern und neue Einwohner finden,

die mit Ihren Familien den kurzen Weg zur Arbeitsstelle schätzen.

Kommen wir jetzt zu weiteren Möglichkeiten der effizienteren und kostengünstigeren Arbeit.

Interkommunale Zusammenarbeit und der Gründung städtischer Gesellschaften.

Angesichts der zukünftigen demografischen Veränderungen und der anhaltend knappen Kassen ist eine vorausschauende Kommunalpolitik geboten.

Gerade unsere dicht besiedelten Räume in denen der Übergang zu den Nachbarkommunen Geilenkirchen, Herzogenrath und Baesweiler fließend ist bietet sich für Projekte der interkommunalen Zusammenarbeit an.

Unser gemeinsames Ziel, welches wir mit den Nachbarkommunen erreichen könnten sind Verbesserungen für unsere Bürger.

Das erreichte Versorgungsniveau gilt es zu erhalten und stetig zu verbessern. Die Kooperation von Kommunen ist ein Handlungsfeld, auf dem neue Chancen gesucht und gefunden werden können.

Es wäre lohnend sich mit diesen Möglichkeiten zu beschäftigen. Das setzt wiederum Personal voraus,

Mitarbeiter, welche Zeit haben Kommunen zu besuchen, die schon seit Jahrzehnten interkommunale Zusammenarbeit erfolgreich praktizieren.

Hilfreich wäre zudem die Telefonnummer von Ansprechpartner zu haben, welche Fördergelder vergeben.

Hier lohnt auch eine enge Abstimmung mit dem Land- und Bundestagsabgeordneten.

Was sind die Vorteile einer interkommunalen Zusammenarbeit?

- Effiziente Leistungserbringung durch Nutzung von Synergieeffekten (z.B. Qualifizierung/Schulung von Mitarbeitern)
- Zukunftssicherung (Gewinnung von Fachkräften, Auslastung von Handlungseinheiten, Sicherstellung der Aufgabenvielfalt)
- Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (z.B. Vergabe, Schulen, Brandschutz)
- Erschließung von Ressourcen (z.B. Gewerbeflächen, Teilnahme an Förderprogrammen)

Es gibt es viele Themen, welche gemeinsam angepackt werden könnten.

Zum Beispiel eine Zusammenarbeit zwischen Stadtbüchereien oder beim Bauhof.

Die freiwillige Zusammenarbeit der Feuerwehr mit den Nachbarkommunen ist doch ein Paradebeispiel für gelebte interkommunaler Zusammenarbeit.

Vielleicht gibt es eureregionale Fördergelder, die wir nur beantragen müssten, wenn wir die Gemeinde Laandgraf unterstützen.

Ich möchte Ihnen noch ein ganz konkretes Beispiel nennen:

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat festgestellt, dass unsere Stadt Forderungen nicht zügig eintreibt und Gefahr läuft niedergeschlagene Positionen nicht auf zu greifen.

Hier bietet sich doch an eine Stelle Forderungsmanagement zu schaffen, welche von mehreren Kommunen finanziert und getragen wird.

Auch dies erfordert Personal,

aber die Zusammenarbeit mit Kommunen gleicher Interessenslage ist deutlich günstiger, als die Fremdvergabe an private Unternehmen,

dies gilt im Besonderen für Ingenieurleistungen.

Kommen wir zu den Kommunalen und städtischen Gesellschaften.

Die Gründung kommunaler Gesellschaften ist eine effiziente Gelegenheit Verwaltungseinheiten zur Erfüllung städtischer Aufgaben auszugliedern und Partnerschaften mit Fachleuten und Investoren einzugehen.

Es ist aber auch eine Möglichkeit privatwirtschaftliche Unternehmen, z.B. aus dem Bereich Versorgung und Entsorgung in ein Konstrukt mit Städtischen Beteiligungen zu überführen.

Die WÜP ist doch ein gutes Beispiel für die Möglichkeiten einer Kommunalen Versorgungsgesellschaft.

Blicken wir optimistisch in die Zukunft, dann könnte diese Gesellschaft **auch** das städtische Kanal und Abwassernetz übernehmen.

Das Wasser wäre in der Ver- und Entsorgung in einer Hand und die Stadt hätte eine kräftige Einnahme für zukünftige Investitionen.

Das sichert eine hohe Qualität und Versorgungssicherheit.

Gleiches gilt auch für eine Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft, deren Prüfungsauftrag wir unlängst in einem Antrag formulierten.

So ist es möglich gemeinsam mit Investoren das längst überfälligen Sanierungskonzept und die Revitalisierung der Innenstädte voranzutreiben und dort zukunftsorientierten Wohnraum zu schaffen.

Durch die Trägerschaft der Kommune ist es möglich, zweckgebundene städtebauliche Fördermittel der EU, des Landes und des Bundes zu beantragen. Nicht zuletzt würde eine Stadtentwicklungsgesellschaft im Bereich von Steuern, Vergaben und Zeitplänen erhebliche Vorteile erzielen.

Die Gewinne aus der wirtschaftlichen Betätigung würden anteilmäßig dem städtischen Haushalt zufließen.

Für die rechtliche und wirtschaftliche Beratung einer möglichen Gründung möchten wir in diesem Haushalt 30.000 Euro einstellen.

Ich möchte an dieser Stelle ein ganz persönliches Fazit ziehen.

Wir sind der festen Überzeugung,

dass der Stärkungspakt unserer Stadt eine wertvolle Hilfe ist, finanziell handlungsfähiger zu werden.

Die Konsolidierung ist auf einem guten Weg. In Anbetracht von 30 Mio. Mehreinnahmen ist dies aber nicht weiter verwunderlich.

Im Großen und Ganzen sind sie recht brave Musterschüler der Bezirksregierung.

Es fehlt Ihnen aber an Mut und Zuversicht.

Wenn Sie eine Vorstellung haben wie unsere Stadt zukünftig aussehen könnte, dann ist es an der Zeit diese nach 8 Amtsjahren endlich zu formulieren.

Ein Ziel zu erklären und Meilensteine auf dem Weg dorthin zu beschreiben,

Vor allem sollten Sie die ersten Schritte gehen, damit dies erkennbar ist.

Vieles in unserer Stadt und ihrer Politik mutet provinziell an.

Oftmals hört man, die ehemalige Zechenstadt.

Ich habe Ü.P. unlängst mehrfach zur Stadt der Lebensmitteltechnologie und des Maschinenbaus erklärt.

Dies sollten auch Sie tun, geben sie den Unternehmen und den Menschen innerhalb und außerhalb unserer Stadt Orientierung. Formulieren sie Ideen und Träume, die Wirklichkeit werden können.

Unser Antrag der ökologischen Stadtentwicklung hat hier noch nicht viel Freunde gefunden, ich werde dennoch oft darauf angesprochen.

Unsere Stadtentwicklungsgesellschaft kann helfen eine grüne Zukunftsstadt zu bauen.

Es gilt auch weiterhin Schulstadt zu bleiben und eine starke Industriestadt.

Beziehen sie die Menschen ein in die Gestaltung des Rathausplatzes.

Ich erinnere an meinen Vorschlag, Studenten zu einem gestalterischen Ideenwettbewerb einzuladen und einen Preis in Aussicht zu stellen.

Lassen Sie mögliche Modelle des Platzes im Rathaus ausstellen.

Sehr geehrte Damen und Herren, meine bisherigen Ausführungen zeigen in aller Deutlichkeit das die SPD- Fraktion sich ausführlich mit dem Haushalt beschäftigt und sehr konkrete Änderungsvorschläge ausgearbeitet hat.

Ich möchte zum Abschluss nochmals Wolfgang Jungnitsch zitieren:

„Meiner Auffassung nach kann jedermann an seinem Platz mithelfen, die Zukunft der Stadt positiv mitzugestalten. Keiner soll ausgegrenzt werden, der einen sinnvollen Beitrag leisten möchte!“

Unseren Beitrag kennen Sie nun,

es liegt an Ihnen einen gemeinsamen Haushalt aufzustellen.

Vielen Dank